

**Deutschland – ein polarisiertes Land?**

Eine Dokumentation des Beitrags

von Prof. Dr. Renate Köcher

in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

Nr. 172 vom 27. Juli 2022

## INHALT

Tabellenübersicht

Originalmanuskript

Untersuchungsdaten

Anhangtabellen

Schaubilder

Veröffentlichung in der Frankfurter Allgemeinen  
Zeitung Nr. 172 vom 27. Juli 2022, S. 8,  
unter dem Titel:

"Wie gespalten ist Deutschland? Der gesellschaftliche  
Konsens ist breiter, als die meisten Menschen  
glauben."

## TABELLENÜBERSICHT

Tabelle	A	1	Ostdeutsche empfinden die Gesellschaft polarisierter als Westdeutsche
	A	2	Unversöhnliche Meinungen?
	A	3	Im Konsens
	A	4	Der Widerstand gegen die Verlängerung der Laufzeiten von Kernkraftwerken wird schwächer
	A	5	Weniger Diskussionsfreude
	A	6	Bringen Diskussionen etwas?
	A	7	Fakten oder Ansichtssache?
	A	8	Wer Fakten leugnet, glaubt weniger an den Wert von Diskussionen
	B	1	Zweitstimmen-Wahlabsicht (Sonntagsfrage)
Schaubild		1	Polarisierte Gesellschaft?
		2	Als kontrovers empfundene Themen
		3	Was trennt die Menschen?
		4	Meinungsverschiedenheiten sind zunehmend
			Selektionskriterien
		5	Glaube an den Wert von Diskurs

**Originalmanuskript**

Prof. Dr. Renate Köcher

Institut für Demoskopie Allensbach

## **Deutschland – ein polarisiertes Land?**

Wenn Krisen eskalieren, wird in der öffentlichen Debatte in Deutschland rasch die Sorge vor einer Radikalisierung beschworen, bis hin zum Volksaufstand. Dass die deutsche Gesellschaft gespalten, polarisiert ist, gilt ohnehin als Tatsache und Gefahr für die Demokratie. Auch die Bevölkerung selbst ist mit überwältigender Mehrheit überzeugt, dass die Gesellschaft bei vielen Themen gespalten ist; nur 17 Prozent haben dagegen den Eindruck, dass es bei vielen Fragen durchaus einen breiten Konsens gibt.

Schaubild 1

Die Frage ist nicht nur, ob diese Diagnose zutrifft, sondern auch, ob daraus Polarisierung und Potential für Radikalisierung erwachsen. Kontroversen, die auch sichtbar und teilweise hart ausgetragen werden, gehören zur Demokratie, Versuche, Kontroversen und Meinungen zu unterdrücken, zu Diktaturen.

Eine freie Gesellschaft, in der sich alle hinter einem engen Spektrum an Meinungen versammeln, ist Utopie. Entsprechend sind unterschiedliche Sichtweisen, Wertvorstellungen und Ziele per se alles andere als besorgniserregend. Sie können jedoch – wie gerade die Entwicklung der amerikanischen Gesellschaft zeigt – auch in einer Demokratie zu einer Gefahr werden, wenn sich die Positionen unversöhnlich gegenüberstehen, die Bereitschaft und Fähigkeit zum Diskurs zwischen den Lagern schwinden und aus unterschiedlichen Weltbildern und Wertvorstellungen Feindbilder erwachsen. Wenn dieser Prozess erst einmal weit fortgeschritten ist, lässt er sich nur noch schwer umkehren. Jahre vor der Wahl von Trump warnte Henry Kissinger in einem Vortrag in Deutschland, dass ihn die extreme Polarisierung in den USA zutiefst beunruhige.

Deutschland ist von der verfestigten Polarisierung der Vereinigten Staaten weit entfernt. Viele haben jedoch durchaus den Eindruck, dass die Gesellschaft nicht nur bei vielen Themen gespalten ist, sondern dass sich die Meinungen auch unversöhnlich gegenüberstehen. 49 Prozent der Bürger sind davon überzeugt, in Ostdeutschland 57 Prozent.

Schaubild 1

Tabelle A1

Gleichzeitig hat die ostdeutsche Bevölkerung noch weniger als die westdeutsche den Eindruck, in einer toleranten Gesellschaft zu leben: 26 Prozent der Westdeutschen, 9 Prozent der Ostdeutschen nehmen die Gesellschaft so wahr.

Als Streitfragen empfindet die Bevölkerung vor allem den Umgang mit der Corona-Pandemie, Einwanderung und Einwanderungspolitik und die Frage, ob und wie Deutschland die Ukraine unterstützen soll. Aber die Bürger differenzieren zwischen kontrovers aufgeladenen Themen und Fragen, bei denen sich die Positionen unversöhnlich gegenüberstehen. Die deutsche Reaktion auf den Ukraine-Krieg ist nach Einschätzung der Mehrheit ein Streitthema; als unversöhnlich empfinden jedoch nur 29 Prozent die konkurrierenden Standpunkte. Einwanderungspolitik nehmen zwei Drittel als kontrovers aufgeladenes Thema wahr; 43 Prozent halten die Positionen für so unversöhnlich, dass Diskussionen keinen Sinn haben. Interessanterweise breitete sich erst nach 2015 die Vorstellung aus, dass politische Positionen die Menschen trennen. Vor 2015 wies nur eine Minderheit den politischen Einstellungen diese Bedeutung zu, 2016 dann 60 Prozent. Seither schwankt diese

Schaubild 2

Tabelle A2

Schaubild 3

Einschätzung in einem engen Korridor zwischen 52 und 60 Prozent; damit gilt die politische Position und Weltanschauung neben der sozialen Schicht als der Einflussfaktor, der die Gesellschaft am meisten spaltet. Gesellschaftliche Kontroversen verändern teilweise langfristig nicht nur politische Positionen, sondern auch das Bild von der Gesellschaft und ihrer Konsensfähigkeit.

Damit kommt auch der Pandemie und den Kontroversen um die politischen Maßnahmen besondere Bedeutung. Kein Thema wird von der Bevölkerung als stärker aufgeladen empfunden, bei keinem anderen werden die Positionen als vergleichbar verhärtet und unversöhnlich wahrgenommen. 78 Prozent halten den Umgang mit der Pandemie für ein Konfliktthema, 60 Prozent gleichzeitig Diskussionen über die Maßnahmen für sinnlos, da sich die Meinungen vermeintlich unversöhnlich gegenüberstehen. Das ist besonders bemerkenswert, wenn man den derzeitigen entspannten Umgang der Bevölkerung mit der Pandemie berücksichtigt, aber auch die Reaktionen auf die massiven Einschränkungen im Zeitverlauf. Selten gab es einen breiteren Konsens in der Bevölkerung als im ersten Jahr der Pandemie, das ja von

Schaubild 2

Tabelle A 2



massiven Einschränkungen geprägt war; die Maßnahmen wurden von der überwältigenden Mehrheit befürwortet und auch befolgt. Erst im zweiten Jahr bröckelte dieser Konsens. Als Spaltungsthema wurde die Corona-Politik jedoch von der großen Mehrheit erst empfunden, als kontrovers über eine Impfpflicht diskutiert wurde.

Anders als nach der Flüchtlingskrise wurde jedoch keine Partei am rechten oder linken Rand, die oft von Unzufriedenheit und Protest profitieren, in dieser Zeit stärker. Zwar stehen Anhänger der AfD allen Corona-Maßnahmen besonders kritisch gegenüber. Trotzdem ist die Partei heute schwächer als vor Ausbruch der Pandemie. Die politische Stabilität in Deutschland wird viel zu wenig gewürdigt. Die zurzeit in einer Koalition verbundenen Parteien verzeichnen zusammen mit der CDU/CSU stabil einen Rückhalt von annähernd 80 Prozent der Wahlberechtigten. Dass vier Parteien mit wechselnden Stärkeverhältnissen das Vertrauen von fast vier Fünftel der Wähler erhalten, trägt zur Kontinuität über Regierungswechsel hinaus wesentlich bei; der Zwang zu Koalitionen und damit zu Kompromissen verhindert scharfe Frontstellungen, wie sie die USA prägen, und trägt wesentlich zu der Gelassenheit bei, mit der

Tabelle B 1

die deutsche Bevölkerung auf Regierungswechsel reagiert.

Insgesamt ist der gesellschaftliche Konsens in vielen Fragen wesentlich breiter, als die Bevölkerung selbst vermutet. Während jeder Zweite die Diagnose stellt, dass sich in Deutschland oft verschiedene Positionen unversöhnlich gegenüber stehen und die überwältigende Mehrheit glaubt, dass die Gesellschaft bei vielen Themen völlig gespalten ist, kann nur eine Minderheit bei vielen Themen einen breiten Konsens erkennen. Diesen breiten Konsens gibt es jedoch bei vielen Themen, angefangen bei den politischen Prioritäten der Bürger, ihren Vorstellungen, wovon die Zukunft des Landes abhängt, über die Idealvorstellungen für die weitere Entwicklung der Gesellschaft, die Unterstützung für die Mitgliedschaft in der EU wie in der NATO, die Überzeugung, dass es zu Demokratie und Marktwirtschaft keine überzeugenden Alternativen gibt, bis hin zu der breiten Unterstützung für den Sozialstaat als Verpflichtung der Gemeinschaft gegenüber den Schwächeren, dem Rückhalt für die meisten der in den letzten Jahren beschlossenen sozialpolitischen Maßnahmen, die Grundhaltung zur Energiewende oder zu

Schaubild 1

Gleichstellungsthemen. Die Felder, auf denen sich die große Mehrheit einig ist, sind wesentlich zahlreicher als heftige Kontroversen, die sich durch weite Teile der Bevölkerung ziehen.

Im Grunde fühlt sich die Mehrheit auch durchaus in einem breiten Konsens geborgen. Das Gesellschaftsbild der Bevölkerung ist viel stärker von Kontroversen geprägt als ihre persönlichen Erfahrungen. Obwohl nur eine kleine Minderheit den Eindruck hat, dass es in Deutschland in vielen Fragen einen breiten Konsens gibt, ist gleichzeitig die Mehrheit überzeugt, dass die meisten Menschen ähnlich denken wie sie selbst. Lediglich die Anhänger der AfD und begrenzt die Anhänger der Linken sehen sich mit ihren Positionen eher als Minderheit und Außenseiter. Vor allem die Anhänger der AfD unterscheiden sich auch bei den meisten Fragen gravierend von den Anhängern anderer Parteien. Zwischen den vier Parteien der Mitte gibt es jedoch oft nur graduelle Unterschiede; die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Anhängerschaften sind meist ausgeprägter als die Unterschiede zwischen den Anhängern von CDU/CSU, SPD, Grünen und FDP. Entsprechend polarisieren die Partei-

Tabelle A 3

präferenzen in Deutschland kaum, mit Ausnahme der Parteien am rechten und begrenzt am linken Rand.

Dadurch bilden vor allem die AfD-Anhänger einen relativ festgefügten Block, während die Unterstützung für die vier Parteien der Mitte relativ starken Schwankungen unterliegt, abhängig von den jeweiligen Problemen und dem Vertrauen in die Lösungskompetenz und Agenda der Parteien und ihren Personalentscheidungen. Diese Flexibilität, die unter anderem in der großen Zahl der Wechselwähler zum Ausdruck kommt wie auch in der Neigung zum Stimmen-Splitting, wirkt sich nicht nur auf Parteistärken aus, sondern auch auf politische Positionen. Wenn sich die Ausgangslage gravierend verändert, werden auch Bastionen geräumt, die über lange Zeit völlig festgefügt waren. Das zeigt sich zurzeit bei den Haltungen zur Verteidigungs- oder zur Energiepolitik. Mit jedem Monat der andauernden Unsicherheit über die Energieversorgung wächst die Unterstützung für den Weiterbetrieb der drei noch laufenden Kernkraftwerke in Deutschland; mittlerweile wird diese Forderung von 60 Prozent der Bevölkerung unterstützt. Die Anhänger der Grünen haben noch überwiegend Vorbehalte, die aber schwächer werden.

Tabelle A 4

Die Vorstellung, dass Deutschland ein polarisiertes Land sei, nährt sich mehr aus der Existenz von Minderheiten, die sich gegen einen breiten Konsens stellen, als dass sich große Lager unversöhnlich gegenüberstehen. Trotzdem gibt es Gräben zwischen Bevölkerungsgruppen, die Risiken bergen. Das sind zum einen die andauernden Unterschiede zwischen West und Ost, die sich bei allen Fragen der Systemakzeptanz zeigen, bei der Unterstützung von Parteien am rechten oder linken Rand, aber auch bei aktuellen Debatten über den Ukraine-Krieg und die Haltung gegenüber Russland. Da sind die Unterschiede zwischen den sozialen Schichten, die sowohl durch die Pandemie wie durch die derzeitige hohe Inflation wachsen; was Deutschland gravierend von den USA unterscheidet, ist, dass solchen Entwicklungen große Bedeutung beigemessen wird. Quer durch alle Schichten hält es die überwältigende Mehrheit für wichtig, die sozialen Unterschiede zu begrenzen, vor allem zu verhindern, dass eine Schicht sozial zurückbleibt.

In den USA war eine sinkende Neigung zum Kontakt und Austausch mit Andersdenkenden ein Vorbote der zunehmenden Polarisierung. Auch wenn die Situation in Deutschland völlig

anders ist als in den Vereinigten Staaten: Anzeichen einer wachsenden Unlust, sich mit anderen Positionen auseinanderzusetzen, gibt es auch hier. Der Anteil der Menschen, die sich gerne mit Andersdenkenden austauschen, ist in den letzten drei Jahren von 45 auf 37 Prozent zurückgegangen. Der Kreis, der es schwierig findet, bei Meinungsverschiedenheiten befreundet zu sein, ist innerhalb von einem knappen Jahrzehnt von 29 auf 42 Prozent angewachsen. 43 Prozent der Bürger bezweifeln, dass sich bei kontroversen Themen durch Diskussionen Fortschritte und Kompromisse erzielen lassen; insbesondere Ostdeutsche und die schwächeren sozialen Schichten zweifeln am Wert des Diskurses.

Tabelle A 5

Schaubild 4

Schaubild 5

Tabelle A 6

Dazu kommt eine weit verbreitete Neigung, Fakten zur Ansichtssache zu erklären. 42 Prozent der Bevölkerung vertreten diese Position, während 47 Prozent dagegenhalten, dass es bei vielen Themen nachweisbare Fakten gibt. Diejenigen, die eher dazu tendieren, dass richtig und falsch oft Ansichtssache sind, sehen weniger Sinn in Diskussionen über kontroverse Themen als die, die von nachweisbaren Fakten überzeugt sind. Für die Stabilität der Demokratie ist die Förderung von Diskursbereitschaft, Faktenorientierung und

Tabelle A 7

Tabelle A 8

Respekt ungleich wichtiger als die  
Fokussierung auf Minderheiten, die sich gegen  
die Mehrheit stellen.

## UNTERSUCHUNGSDATEN

Befragter Personenkreis:	Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland
Anzahl der Befragten:	1006
Befragungszeitraum:	8.07. bis 21.07.2022
Methode:	Repräsentative Quotenauswahl
Art der Interviews:	Mündlich-persönliche Interviews (face-to-face)



## **Anhangtabellen**

Ostdeutsche empfinden die Gesellschaft polarisierter als Westdeutsche

Tabelle A 1  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Hier auf der Liste stehen verschiedene Aussagen zu Politik und Gesellschaft. Was davon würden auch Sie sagen?"

	Bevölkerung insgesamt	West	Ost
	%	%	%
<div style="border: 1px solid black; padding: 2px; display: inline-block;">Auszug aus den Vorgaben</div>			
In unserer Gesellschaft stehen sich oft verschiedene Meinungen unversöhnlich gegenüber.....	49	47 .....	57
Bei uns gibt es viel Toleranz.....	23	26 .....	9

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12057, Juli 2022

Unversöhnliche Meinungen?

Tabelle A 2  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Stehen hier auf dieser Liste Themen oder Fragen, bei denen Sie sagen würden: 'Darüber macht es keinen Sinn zu diskutieren, weil sich die Meinungen da unversöhnlich gegenüberstehen'."

	Bevölkerung insgesamt
	%
<b>Über Corona und die Corona-Maßnahmen.....</b>	<b>60</b>
<b>Über Einwanderung bzw. Einwanderungspolitik .....</b>	<b>43</b>
Über die Kirche.....	40
Über die geschlechtergerechte Sprache.....	36
Über Kindererziehung.....	31
Über ein Tempolimit auf Autobahnen .....	31
Über Sterbehilfe.....	30
<b>Ob und wie Deutschland die Ukraine unterstützen soll .....</b>	<b>29</b>
Ob gleichgeschlechtliche Paare die gleichen Rechte wie andere Paare haben sollen.....	28
Wie in der Zukunft unsere Energieversorgung sichergestellt werden soll .....	28
Über Klimaschutzmaßnahmen.....	24
Über Abtreibung.....	23
Nein, bei nichts davon .....	12

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12057, Juli 2022

FRAGE: "Haben Sie den Eindruck, dass Ihre persönlichen Einstellungen und Ansichten im Großen und Ganzen ähnlich sind wie die der meisten anderen Menschen, oder haben Sie eher den Eindruck, dass Sie mit Ihren Ansichten oft zu einer Minderheit gehören?"

	Bevölkerung insgesamt	Anhänger der –					
		CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ Grüne	Die Linke	AfD
	%	%	%	%	%	%	%
Ähnlich wie die meisten anderen Menschen .....	51	64	57	55	43	36	26
Gehöre oft zu einer Minderheit.....	19	11	11	16	21	34	51
Unentschieden.....	<u>30</u> 100	<u>25</u> 100	<u>32</u> 100	<u>29</u> 100	<u>36</u> 100	<u>30</u> 100	<u>23</u> 100

Der Widerstand gegen die Verlängerung der Laufzeiten von Kernkraftwerken wird schwächer

Tabelle A 4  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Ende dieses Jahres werden die letzten Kernkraftwerke in Deutschland abgeschaltet. Nun hört man manchmal die Forderung, die Laufzeiten der Kernkraftwerke über 2022 hinaus zu verlängern. Was meinen Sie: Sollte man die Laufzeiten der Kernkraftwerke in Deutschland über 2022 hinaus verlängern, oder sollte man die letzten Kernkraftwerke dieses Jahr planmäßig abschalten?"

	Bevölkerung insgesamt			Anhänger der Grünen		
	----- 2022 -----			----- 2022 -----		
	Feb.	März	Juli	Feb.	März	Juli
	%	%	%	%	%	%
Laufzeit verlängern.....	35	57	60	13	32	36
Planmäßig abschalten .....	42	25	25	62	46	46
Unentschieden.....	<u>23</u>	<u>18</u>	<u>15</u>	<u>25</u>	<u>22</u>	<u>18</u>
	100	100	100	100	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 12049,12051 und 12057

Weniger Diskussionsfreude

Tabelle A 5  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wie ist das bei Ihnen: Unterhalten Sie sich gerne mit Menschen, die ganz andere Meinungen oder eine andere Weltanschauung haben wie Sie, oder bringen solche Gespräche in Ihren Augen nicht viel?"

	Bevölkerung insgesamt	
	2019	2022
	%	%
Unterhalte mich gerne .....	45	37
Bringen nicht viel .....	36	45
Unentschieden.....	<u>19</u>	<u>18</u>
	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 12003 und 12057

Bringen Diskussionen etwas?

Tabelle A 6  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "In einer Gesellschaft gibt es ja immer wieder Themen, die polarisieren, bei denen also unterschiedliche Ansichten aufeinanderprallen. Glauben Sie, dass sich bei solchen Themen durch Diskussionen meist Fortschritte erzielen lassen und Kompromisse gefunden werden können, oder bringen Diskussionen und ein Austausch da meistens nicht viel?"

	Bevölkerung		
	ingesamt	Ost- deutschland	niedriger sozialer Status
	%	%	%
Fortschritte/Kompromisse lassen sich erzielen .....	41	36	28
Bringen nicht viel .....	43	51	56
Unentschieden.....	<u>16</u>	<u>13</u>	<u>16</u>
	100	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12057, Juli 2022

Fakten oder Ansichtssache?

Tabelle A 7  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Hier auf dem Blatt stehen zwei Meinungen. Welche davon kommt Ihrem eigenen Standpunkt am nächsten, die erste oder zweite?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
„Bei vielen Themen und in vielen Situationen gibt es klare Fakten bzw. Tatsachen, die man nachweisen kann und die einfach stimmen.“ .....	47
„Was stimmt und was nicht, ist in vielen Fällen Ansichtssache. Es gibt oft kein ‚wahr‘ oder ‚falsch‘“ .....	42
Unentschieden.....	<u>11</u> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12057, Juli 2022



Wer Fakten leugnet, glaubt weniger an den Wert von Diskussionen

Tabelle A 8  
Bundesrepublik Deutschland  
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "In einer Gesellschaft gibt es ja immer wieder Themen, die polarisieren, bei denen also unterschiedliche Ansichten aufeinanderprallen. Glauben Sie, dass sich bei solchen Themen durch Diskussionen meist Fortschritte erzielen lassen und Kompromisse gefunden werden können, oder bringen Diskussionen und ein Austausch da meistens nicht viel?"

	Personen, die überzeugt sind, dass es viele nachweisbare Fakten gibt	Personen, die Fakten oft für Ansichtssache halten
	%	%
Es lassen sich Fortschritte, Kompromisse durch Diskussionen erzielen.....	46	37
Diskussionen bringen nicht viel.....	40	49
Unentschieden.....	$\frac{14}{100}$	$\frac{14}{100}$

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12057, Juli 2022

Zweitstimmen	Gesamtdeutschland						
	CDU/ CSU %	FDP %	SPD %	Bü.90/ GRÜNE %	DIE LINKE %	AfD %	Sonstige %
2017: Jahresdurchschnitt	36,0	9,0	25,0	8,5	8,5	9,0	4,0
<b>Bundestagswahl</b>							
24.9.2017	32,9	10,7	20,5	8,9	9,2	12,6	5,2
2018: Jahresdurchschnitt	31,5	9,5	19,0	13,0	9,5	13,5	4,0
2019: Jahresdurchschnitt	30,0	7,5	16,0	20,5	8,0	13,0	5,0
2020: Jahresdurchschnitt	35,5	6,5	16,0	20,0	7,5	10,0	4,5
2021: 10.-20. Januar	37,0	6,5	16,0	20,0	7,5	9,0	4,0
4. - 17. Februar	37,0	7,0	15,0	20,0	7,0	9,5	4,5
8. - 21. März	28,5	8,5	18,0	21,5	8,5	10,0	5,0
6. - 15. April	28,0	10,0	16,5	23,0	7,5	9,5	5,5
23. April - 6.Mai	26,0	10,0	17,0	26,0	7,0	9,0	5,0
1. - 13. Mai	27,5	10,0	16,0	24,0	6,5	10,0	6,0
28. Mai - 9. Juni	29,5	11,0	17,0	21,5	7,0	9,0	5,0
3. - 14. Juli	31,5	12,0	16,5	18,0	6,5	9,5	6,0
3. - 22. Juli	30,0	12,0	16,0	19,5	7,0	9,5	6,0
5. - 17. August	27,5	11,0	19,5	17,5	7,5	11,0	6,0
18. - 26. August	26,0	10,5	24,0	17,0	6,0	10,5	6,0
1. - 7. Sept.	25,0	9,5	27,0	15,5	6,0	11,0	6,0
16. - 23. Sept.	25,0	10,5	26,0	16,0	5,0	10,0	7,5
<b>Bundestagswahl</b>							
26.9.2021	24,1	11,5	25,7	14,8	4,9	10,3	8,7
1. - 14. Oktober	21,0	14,0	28,0	15,0	5,0	9,5	7,5
29.Okt.-11.Nov.	23,0	14,0	27,0	15,0	5,5	9,5	6,0
1. - 15. Dezember	24,0	13,0	26,0	15,0	5,0	10,5	6,5
2022: 6. - 20. Januar	23,0	12,5	27,5	14,5	5,5	10,0	7,0
3. - 16. Februar	27,0	10,5	25,0	15,0	6,0	10,0	6,5
9. - 21. März	25,0	10,5	25,0	17,0	5,0	10,0	7,5
25. März - 6. April	24,0	9,0	28,0	17,0	6,0	9,0	7,0
6. - 18. Mai	29,0	8,0	24,0	20,5	4,5	9,0	5,0
3. - 17. Juni	27,0	8,0	23,0	22,0	4,5	10,0	5,5
8. - 21. Juli	27,5	7,0	22,0	22,0	5,0	11,0	5,5

Befragt wurden persönlich-mündlich insgesamt 1.006 Personen.

*Bei dieser Stichprobengröße beträgt die Fehlerspanne bei einem Anteilswert von 30 Prozent rund +/- 3 Prozentpunkte und bei einem Anteilswert von 10 Prozent rund +/- 2 Prozentpunkte.*

## **Schaubilder**

# Polarisierte Gesellschaft?

Schaubild 1

Frage: "Hier auf dieser Liste stehen verschiedene Aussagen. Was davon trifft Ihrer Meinung nach auf unsere Gesellschaft zu?"

- Auszug -

Bevölkerung  
insgesamt  
%

Unsere Gesellschaft ist bei vielen Themen gespalten

**75**

In unserer Gesellschaft stehen sich oft verschiedene Meinungen unversöhnlich gegenüber

**49**

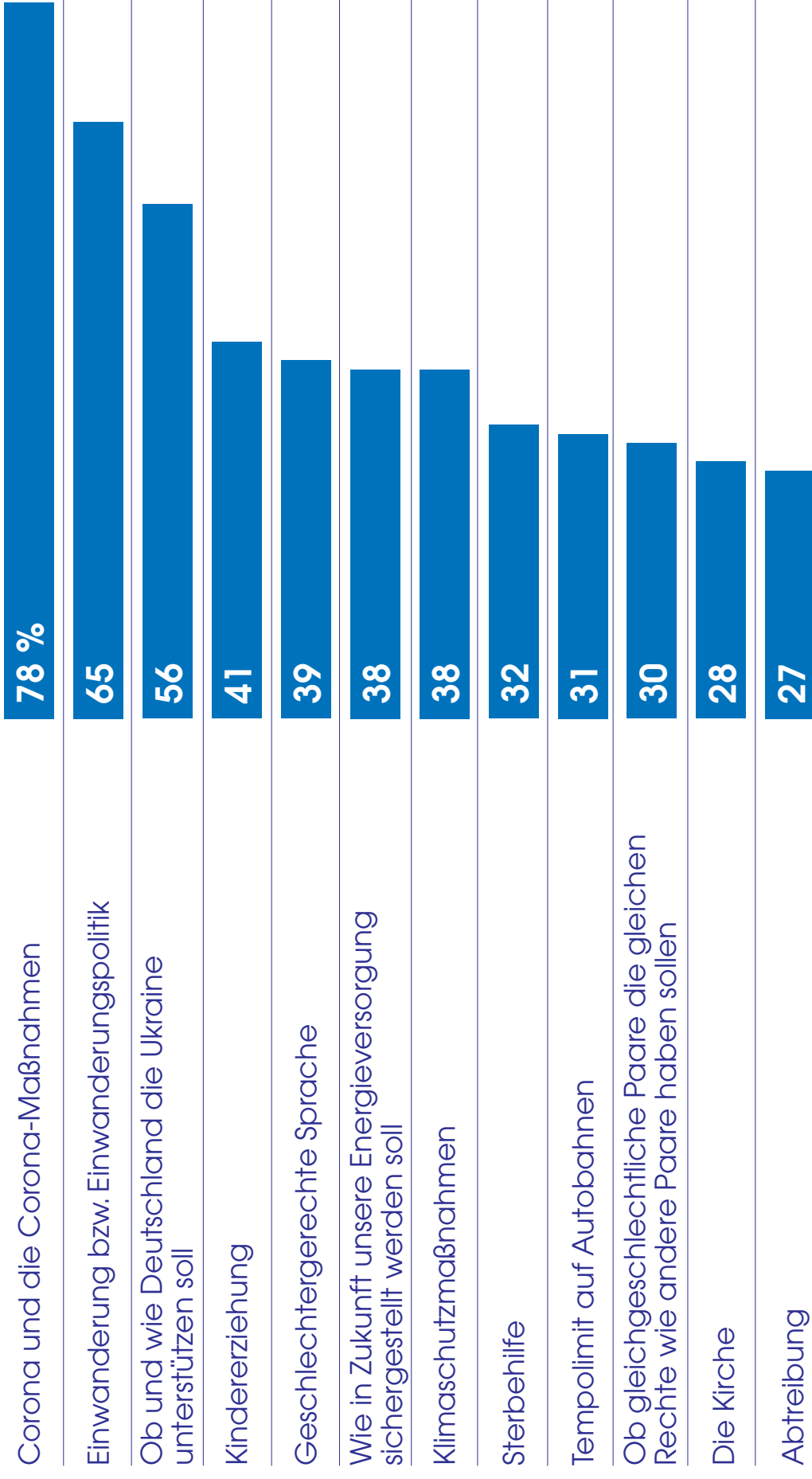
Bei uns gibt es viel Toleranz

**23**

Bei vielen Themen gibt es einen breiten Konsens, die Menschen haben da eine ähnliche Meinung

**17**

# Als kontrovers empfundene Themen

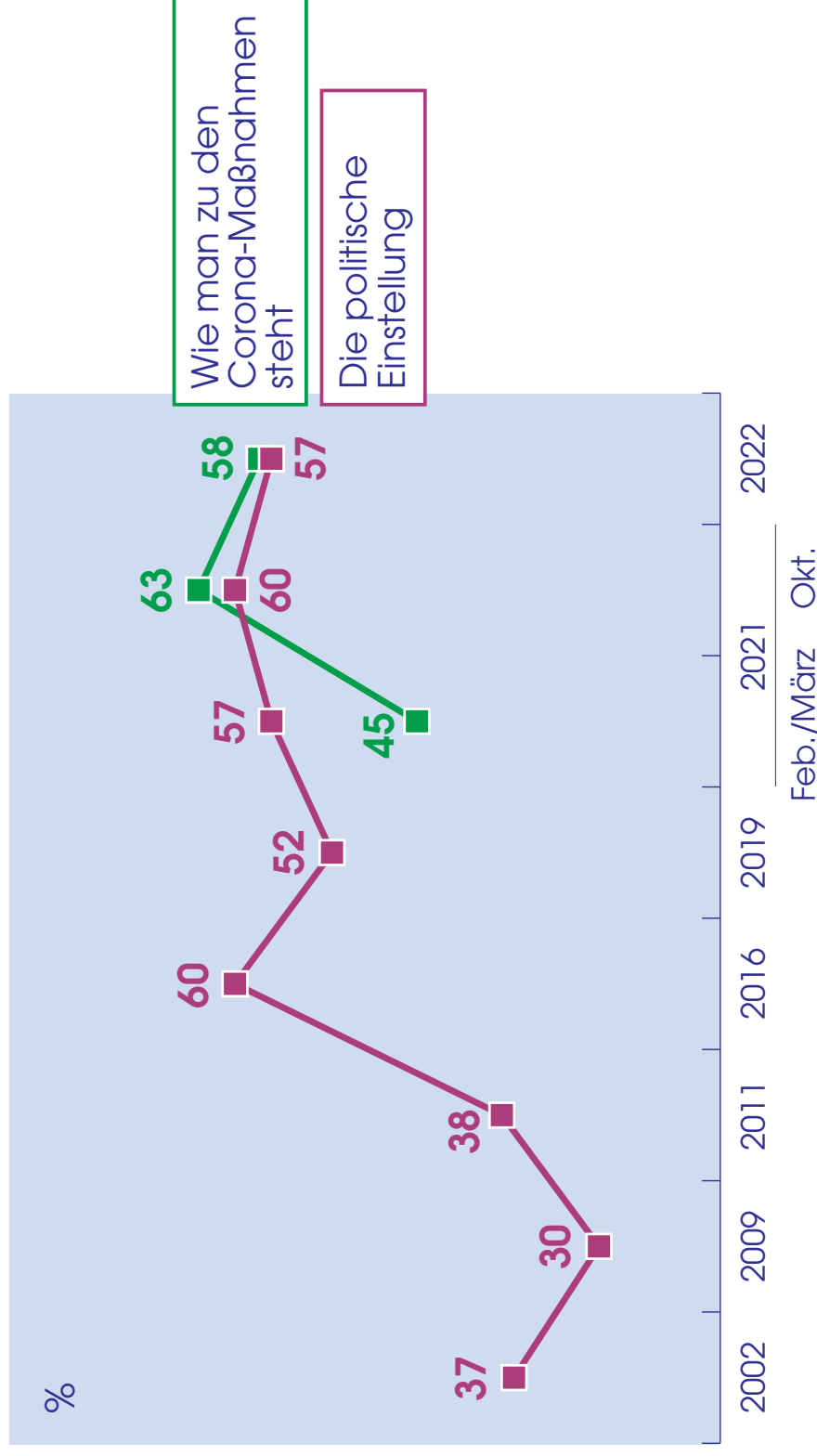


# Was trennt die Menschen?

Schaubild 3

Frage: "Was sind in Deutschland die eigentlichen Gegensätze: Was trennt, was unterscheidet die Menschen in unserer Gesellschaft vor allem?"

- Auszug -



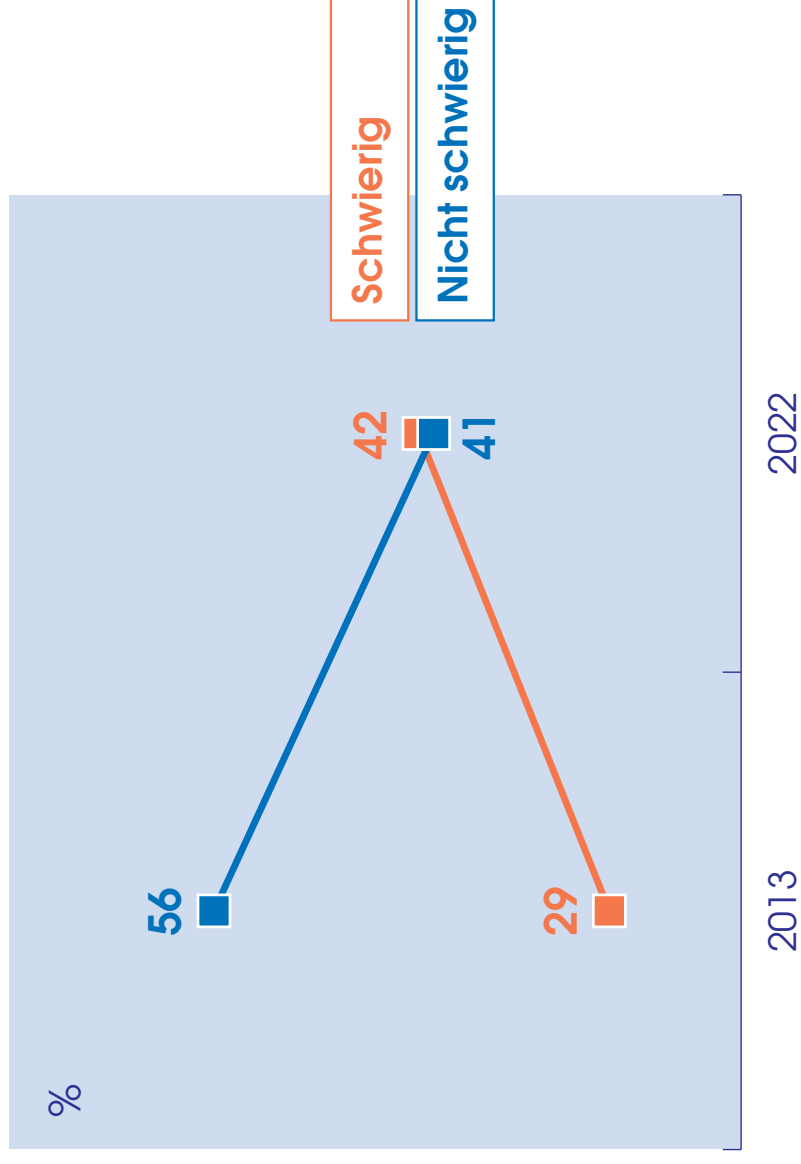
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12057

© IfD-Allensbach

# Meinungsverschiedenheiten sind zunehmend Selektionskriterien

Schaubild 4

Frage: "Finden Sie es schwierig, mit jemandem befreundet zu sein, der bei Themen, die Ihnen wichtig sind, ganz andere Ansichten hat als Sie, oder finden Sie das nicht schwierig?"

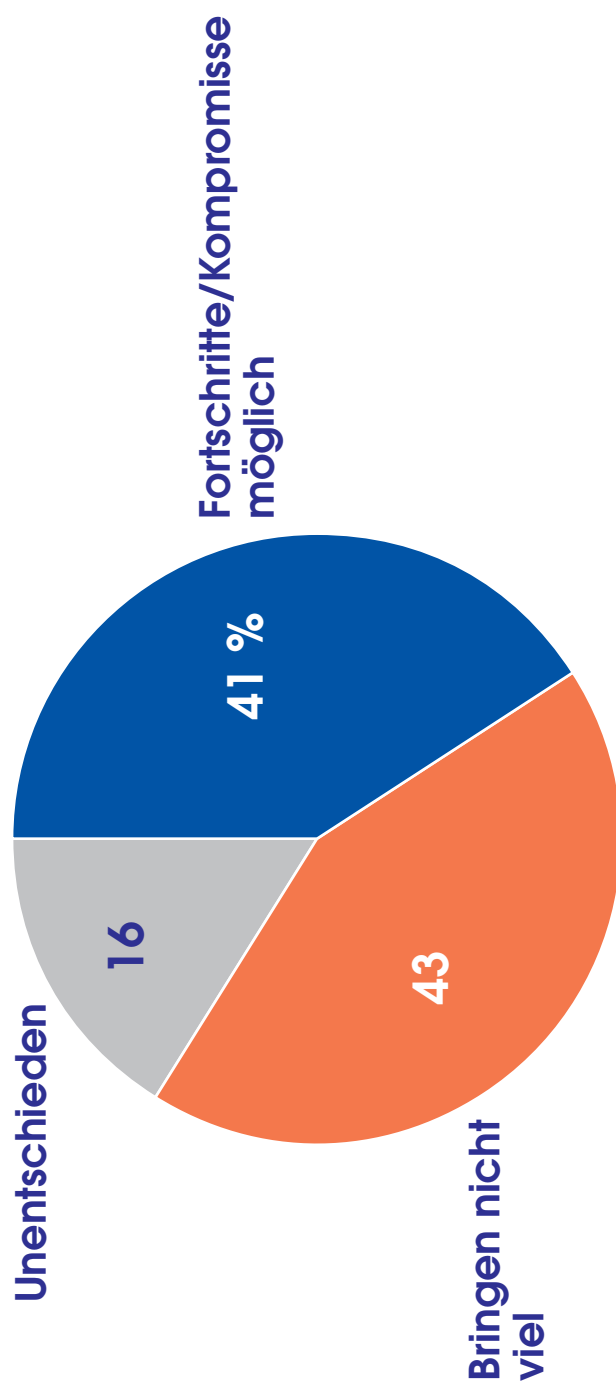


Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre  
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11018, 12057

© IfD-Allensbach

# Glaube an den Wert von Diskurs

Frage: "In einer Gesellschaft gibt es ja immer wieder Themen, die polarisieren, bei denen also unterschiedliche Ansichten aufeinanderprallen. Glauben Sie, dass sich bei solchen Themen durch Diskussionen meist Fortschritte erzielen lassen und Kompromisse gefunden werden können, oder bringen Diskussionen und ein Austausch da meistens nicht viel?"





Veröffentlichung in der  
Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 172  
vom 27. Juli 2022, S. 8, unter dem Titel:

"Wie gespalten ist Deutschland? Der gesellschaftliche  
Konsens ist breiter, als die meisten Menschen  
glauben."

DEUTSCHE FRAGEN – DEUTSCHE ANTWORTEN

## Wie gespalten ist Deutschland?

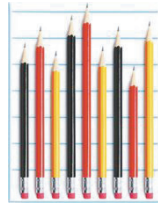
Wenn Krisen eskalieren, wird in Deutschland rasch die Angst vor einer Radikalisierung beschworen. Dass die deutsche Gesellschaft gespalten, polarisiert ist, gilt als Tatsache und Gefahr für die Demokratie. Auch die Bevölkerung selbst ist mit überwältigender Mehrheit überzeugt, dass die Gesellschaft bei vielen Themen gespalten ist; nur 17 Prozent glauben, dass es bei vielen Fragen einen breiten Konsens gibt.

Die Frage ist nicht nur, ob diese Diagnose zutrifft, sondern auch, ob daraus Potential für Radikalisierung erwächst. Kontroversen, die auch sichtbar und teilweise hart ausgetragen werden, gehören zur Demokratie – Versuche, Kontroversen und Meinungen zu unterdrücken, zu Diktaturen. Entsprechend sind unterschiedliche Sichtweisen, Wertvorstellungen und Ziele per se alles andere als besorgniserregend. Sie können jedoch – wie gerade die Entwicklung der amerikanischen Gesellschaft zeigt – auch in einer Demokratie zu einer Gefahr werden, wenn sich die Positionen unversöhnlich gegenüberstehen und aus unterschiedlichen Weltbildern und Wertvorstellungen Feindbilder erwachsen. Wenn dieser Prozess erst einmal weit fortgeschritten ist, lässt er sich nur noch schwer umkehren. Jahre vor der Wahl von Trump warnte Henry Kissinger in einem Vortrag in Deutschland, dass ihn die extreme Polarisierung in den USA zutiefst beunruhige.

Deutschland ist von der verfestigten Polarisierung der Vereinigten Staaten weit entfernt. Viele haben jedoch den Eindruck, dass die Gesellschaft nicht nur bei vielen Themen gespalten ist, sondern dass sich die Meinungen auch unversöhnlich gegenüberstehen. 49 Prozent sind davon überzeugt, in Ostdeutschland 57 Prozent. Gleichzeitig hat die ostdeutsche Bevölkerung noch weniger als die westdeutsche den Eindruck, in einer toleranteren Gesellschaft zu leben: 26 Prozent der Westdeutschen, 9 Prozent der Ostdeutschen nehmen die Gesellschaft so wahr.

Als Streitfragen empfindet die Bevölkerung vor allem den Umgang mit der Corona-Pandemie, Einwanderung und Einwanderungspolitik und die Frage, ob und wie Deutschland die Ukraine unterstützen soll. Aber die Bürger differenzieren zwischen kontroversen Themen und Fragen, bei denen sich Positionen unversöhnlich gegenüberstehen. Die deutsche Reaktion auf den Ukrainekrieg ist nach Einschätzung der Mehrheit ein Streitthema; als unversöhnlich empfinden nur 29 Prozent die konkurrierenden Standpunkte. Einwanderungspolitik nehmen zwei Drittel als kontroverses Thema wahr; 43 Prozent halten die Positionen für so unversöhnlich, dass Diskussionen keinen Sinn haben. Interessanterweise breitete sich erst nach 2015 die Vorstellung aus, dass politische Positionen die Menschen trennen. Vor 2015 wies nur eine Minderheit den politischen Einstellungen diese Bedeutung zu, 2016 dann 60 Prozent. Seither schwankt diese Einschätzung in einem engen Korridor zwischen 52 und 60 Prozent; damit gilt die politische Position und Weltanschauung neben der sozialen Schicht als der Einflussfaktor, der die Gesellschaft am meisten spaltet.

Auch der Pandemie und den Kontroversen um die politischen Maßnahmen kommt besondere Bedeutung zu. Kein Thema wird als stärker aufgeladen empfunden, bei keinem anderen werden die Positionen als vergleichbar verhärtet und unversöhnlich wahrgenommen. 78 Prozent halten den Umgang mit der Pandemie für ein Konfliktthema, 60 Prozent gleichzeitig Diskussionen über die Maßnahmen für sinnlos, da sich die Meinungen vermeintlich unversöhnlich gegenüberstehen. Das ist besonders bemerkenswert, wenn man den derzeit entspannten Umgang mit der Pandemie berücksichtigt, aber auch die Reaktionen auf die massiven Einschränkungen im Zeitverlauf. Selten gab es einen breiteren Konsens als im ersten Jahr der Pandemie, das ja von massiven Einschränkungen geprägt war; die Maßnahmen wurden



Der gesellschaftliche Konsens ist breiter, als die meisten Menschen glauben.

Von Prof. Renate Köcher, Institut für Demoskopie Allensbach

von der überwältigenden Mehrheit befürwortet und auch befolgt. Erst im zweiten Jahr bröckelte dieser Konsens. Als Spaltungsthema wurde die Corona-Politik jedoch von der großen Mehrheit erst empfunden, als kontrovers über eine Impfpflicht diskutiert wurde.

Anders als nach der Flüchtlingskrise wurde jedoch keine der Parteien, die oft von Unzufriedenheit und Protest profitieren, in dieser Zeit stärker. Zwar stehen Anhänger der AfD allen Corona-Maßnahmen besonders kritisch gegenüber. Trotzdem ist die Partei heute schwächer als vor der Pandemie. Die politische Stabilität in Deutschland wird viel zu wenig gewürdigt. Die zurzeit in einer Koalition verbundenen Parteien verzeichnen zusammen mit der CDU/CSU stabil einen Rückhalt von annähernd 80 Prozent der Wahlberechtigten. Dass vier Parteien mit wechselnden Stärkeverhältnissen das Vertrauen von fast vier Fünftel der Wähler erhalten, trägt zur Kontinuität über Regierungswechsel hinaus wesentlich bei; der Zwang zu Koalitionen und damit zu Kompromissen verhindert scharfe Frontstellungen, wie sie die USA prägen, und trägt wesentlich zu der Gelassenheit bei, mit der die deutsche Bevölkerung auf Regierungswechsel reagiert.

Insgesamt ist der gesellschaftliche Konsens in vielen Fragen wesentlich breiter, als die Bevölkerung vermutet. Während jeder Zweite meint, dass sich in Deutschland oft verschiedene Positionen unversöhnlich gegenüberstehen, und die überwältigende Mehrheit glaubt, dass die Gesellschaft bei vielen Themen völlig gespalten ist, kann nur eine Minderheit bei vielen Themen einen breiten Konsens erkennen. Diesen gibt es jedoch bei vielen Themen, angefangen bei den politischen Prioritäten der Bürger, ihren Vorstellungen, wovon die Zukunft des Landes abhängt, über die Idealvorstellungen für die weitere Entwicklung der Gesellschaft, die Unterstützung für die Mitgliedschaft in der EU wie in der NATO, die Überzeugung, dass es zu Demokratie und Marktwirtschaft keine überzeugenden Alternativen gibt, bis hin zu der breiten Unterstützung für den Sozialstaat als Verpflichtung der Gemeinschaft gegenüber den Schwächeren, dem Rückhalt für die meisten sozialpolitischen Maßnahmen, die Grundhaltung zur Energiewende oder zu Gleichstellungsthemen. Die Felder, auf denen sich die große Mehrheit einig ist, sind wesentlich zahlreicher als heftige Kontroversen, die sich durch weite Teile der Bevölkerung ziehen.

Das Gesellschaftsbild ist stärker von Kontroversen geprägt als die persönlichen Erfahrungen. Obwohl nur eine kleine Minderheit glaubt, dass es in Deutschland in vielen Fragen einen breiten Konsens gibt, ist gleichzeitig die Mehrheit überzeugt, dass die meisten Menschen ähnlich denken wie sie selbst. Lediglich Anhänger der AfD und begrenzt der Linken sehen sich mit ihren Positionen als Minderheit und Außenseiter. Vor allem die Anhänger der AfD unterscheiden sich bei den meisten Fragen gravierend von denen anderer Parteien. Zwischen den vier Parteien der Mitte gibt es oft nur graduelle Unterschiede; die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Anhängergruppen sind meist größer als die Unterschiede zwischen den Anhängern von CDU/CSU, SPD, Grünen und FDP. Entsprechend polarisieren Parteipräferenzen kaum, mit Ausnahme der Parteien am rechten und begrenzt am linken Rand.

Dadurch bilden vor allem die AfD-Anhänger einen relativ festgefühten Block, während die Unterstützung für die vier Parteien der Mitte relativ starken Schwankungen unterliegt, abhängig von den jeweiligen Problemen und dem Vertrauen in die Lösungskompetenz der Parteien und ihren Personalentscheidungen. Diese Flexibilität, die unter anderem zu einer großen Zahl der Wechselwähler führt, wirkt sich nicht nur auf Parteistärken aus, sondern auch auf politische Positionen. Wenn sich die Ausgangslage gravierend verändert, werden auch Bastionen geräumt, die über lange Zeit festgefügt waren. Das zeigt sich zurzeit in der Verteidigungs- und Energiepolitik. Mit jedem Monat der andauernden Unsicherheit über die Energieversorgung wächst die Unterstützung für den Weiterbetrieb der drei noch laufenden Kernkraftwerke in Deutschland; mittlerweile wird das von 60 Prozent unterstützt. Die Anhänger der Grünen haben noch überwiegend Vorbehalte, die aber schwächer werden.

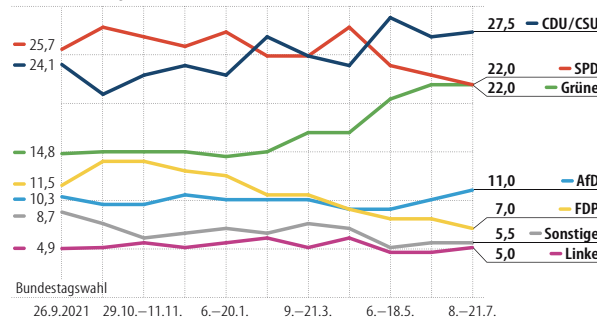
Die Vorstellung, dass Deutschland ein polarisiertes Land sei, nährt sich mehr aus der Existenz von Minderheiten, die sich gegen einen breiten Konsens stellen, als dass sich große Lager unversöhnlich gegenüberstehen. Trotzdem gibt es Gräben. Das sind die Unterschiede zwischen West und Ost, die sich bei allen Fragen der Systemakzeptanz zeigen, bei der Unterstützung von Parteien am rechten oder linken Rand, aber auch bei aktuellen Debatten über den Ukrainekrieg und die Haltung gegenüber Russland. Da sind die Unterschiede zwischen den sozialen Schichten, die sowohl durch die Pandemie als auch durch die derzeitige hohe Inflation wachsen. Quer durch alle Schichten hält es die überwältigende Mehrheit für wichtig, die sozialen Unterschiede zu begrenzen, vor allem zu verhindern, dass eine Schicht zurückbleibt.

Sozial wenn die Situation in Deutschland anders ist als in den USA: Anzeichen einer wachsenden Unlust, sich mit anderen Positionen auseinanderzusetzen, gibt es auch hier. Der Anteil derer, die sich gerne mit Andersdenkenden austauschen, ist seit 2019 von 45 auf 37 Prozent zurückgegangen. Der Kreis, der es schwierig findet, bei Meinungsverschiedenheiten befreundet zu sein, ist seit knapp einem Jahrzehnt von 29 auf 42 Prozent angewachsen. 43 Prozent bezweifeln, dass sich bei Kontroversen durch Diskussion Fortschritte und Kompromisse erzielen lassen; besonders Ostdeutsche und die schwächeren sozialen Schichten zweifeln am Wert des Diskurses.

Dazu kommt eine Neigung, Fakten zur Ansichtssache zu erklären. 42 Prozent vertreten diese Position, während 47 Prozent dagegenhalten, dass es bei vielen Themen nachweisbare Fakten gibt. Diejenigen, die dazu tendieren, dass richtig und falsch oft Ansichtssache sind, sehen weniger Sinn in Diskussionen als die, die von nachweisbaren Fakten überzeugt sind. Für die Stabilität der Demokratie ist die Förderung von Diskursbereitschaft, Faktenorientierung und Respekt wichtiger als die Fokussierung auf Minderheiten, die sich gegen die Mehrheit stellen.

### Die Stärke der Parteien

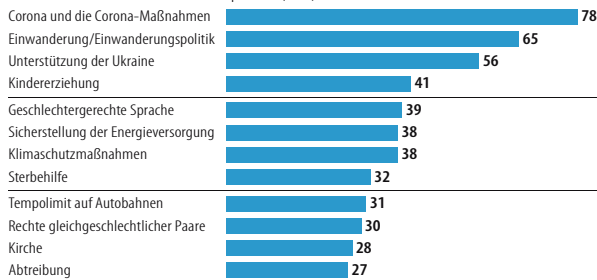
Wenn schon am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie wählen? (Zweitstimmen-Ergebnisse in Prozent)



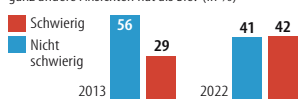
Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach, jüngste Umfrage: 8. bis 21. Juli, 1006 Befragte, gerundete Angaben. F.A.Z.-Grafik Walter

### Kontroversen und Polarisierung

Diese Themen werden als kontrovers empfunden (in %):



Finden Sie es schwierig, mit jemandem befreundet zu sein, der bei Themen, die Ihnen wichtig sind, ganz andere Ansichten hat als Sie? (in %)



Differenz zu 100% Unentschieden, keine Angaben.

Können bei polarisierenden Themen durch Diskussionen Fortschritte erzielt und Kompromisse gefunden werden? (in %)



Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach/F.A.Z.-Grafik Walter